

Rundschau

Informationsblatt der steirischen KPÖ

Ausgabe 140, Februar 2022 – zugestellt durch post.at

Zeitung der **KPÖ** für Judenburg

Alles wird teurer - Der Markt wird nichts richten

Die Preise für Strom, Gas, Treibstoffe und Fernwärme explodieren, auch die Mieten sind weiter Preistreiber. Währenddessen sinken die Löhne und Gehälter vieler arbeitender Menschen de facto, weil die Lohnanhebungen hinter der Inflationsrate zurückbleiben. Viele merken es immer deutlicher am Konto: Diese Rechnung geht nicht auf!

Schon die Corona-Krise hat das Leben teurer gemacht, bei den Energiepreisen war schon im Vorjahr ein deutlicher Anstieg zu spüren. Der schreckliche Krieg in der Ukraine öffnet den Spekulanten Tür und Tor.

Lebensmittel, Treibstoff, Erdgas, Benzin und vieles mehr. Die Preise steigen, selbst dort wo das Angebot (noch) nicht knapper geworden ist. Damit wird viel Geld verdient: Spekulation und die „Unsicherheit“ auf den Finanzmärkten machen Profit und die Menschen bezahlen dafür.

Spekulation gefährdet die Gesundheit!

Immer mehr Menschen haben Schwierigkeiten sich das tägliche Leben leisten zu können. Selbst

eine sichere Arbeitsstelle ist kein absoluter Schutz vor Armut. Bei Grundnahrungsmitteln, beim Wohnen, Heizen und beim Treibstoff hat man keine Möglichkeit viel einzusparen.

Das wissen auch die Konzerne und Spekulanten und treiben die Preise in die Höhe. Das erhöht den Reichtum einiger weniger und treibt Millionen in Armut und Elend. Wer arm ist, ist öfter krank und hat eine kürzere Lebenserwartung. Zudem verhungern jährlich rund 14 Millionen Menschen. Die Ukraine und Russland gehören zu den wichtigsten Getreidexporteuren, der Hunger könnte sich also verschärfen.

Wer profitiert am Gaspreis?

Trotz des Krieges liefert Russland weiterhin Gas durch die Ukraine nach Europa und das im wesentlichen zu fixen Preisen. Die Hauptprofiteure der Erhöhungen sind also die Konzerne die das Gas importieren. Sie verdienen an der Not der UkrainerInnen. Bezahlen müssen die arbeitenden Menschen.

Der Westen möchte energiepolitisch unabhängig von Russland werden. Die österreichische Bun-



desregierung war darum mit Delegationen in Saudi-Arabien und in Qatar. Länder die von despotischen Königen regiert werden. Sollen sie Russland ersetzen?

Aus Amerika kommt einstweilen verflüssigtes Fracking-Gas mit Schweröl betriebenen Tankern nach Europa. Der Konflikt führt also dazu, dass auf die Klimaziele völlig vergessen wird.

Regulieren!

Die arbeitenden Menschen dürfen nicht die Kosten von Krieg und Krise bezahlen müssen. Es braucht endlich Löhne von denen JedeR leben kann und eine Regulie-

rung der Preise für alle lebensnotwendigen Produkte.

Wer an der Corona-Krise und am Krieg verdient hat soll dafür auch seinen Beitrag leisten! Die Vermögen der Reichen und die Profite der großen Konzerne sind in der Corona-Krise deutlich gestiegen. Der Krieg in der Ukraine hat den Rüstungs- und Energiekonzernen satte Gewinne beschert. Darum braucht es endlich eine Steuer um die Kosten umzuverteilen und zwar zu Gunsten der arbeitenden Menschen.

Heizkostenzuschuss: Erhöhung beschlossen

Bereits im Dezember hat KPÖ-Gemeinderat René Windegger einen Antrag auf Erhöhung des Heizkostenzuschusses eingebracht. Schon damals sind die Energiepreise angestiegen. Wir haben eine Erhöhung von 50 auf 80 Euro noch im vergangenen Winter vorgeschlagen.

Der Antrag fand leider keine Mehrheit und wurde dem Sozialaussuss zugewiesen. Am 31. März hat der Gemeinderat nun die nachträgliche Erhöhung auf 75 Euro beschlossen, aber leider erst ab der kommenden Heizperiode.

Ein wichtiger Erfolg: Für viele Menschen sind die gestiegenen Energiekosten eine große Herausforderung

Wer in der vergangenen Heizperiode einen Zuschuss von der Gemeinde bekommen hat, kann sich beim Bürgerservice melden und bekommt einmalig 25 Euro ausbezahlt.

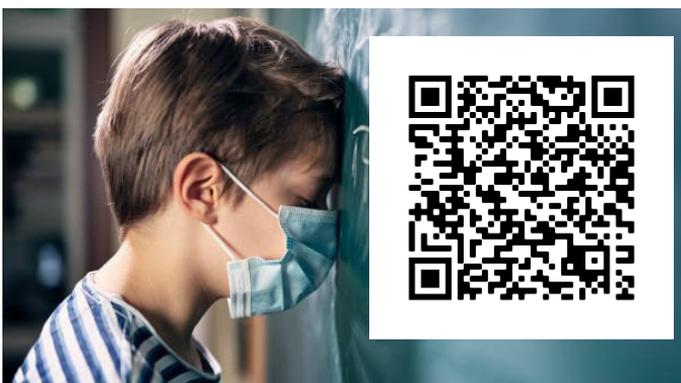
SchülerInnen: die VerliererInnen der Pandemie

Auch im dritten von der Pandemie geprägten Schuljahr erleben viele Chaos in den Schulen. Lockdowns, Fernunterricht, Ausfälle durch Quarantänen, Schul- und Klassenschließungen, Aufhebung der Anwesenheitspflicht führten zu unübersichtlichen Situationen.

Das alles ist für SchülerInnen und Eltern natürlich eine zusätzliche Belastung gewesen, auch der Lerndruck wurde nicht geringer.

Eine Mutter aus der Region hat eine Petition gestartet. Kinder haben keine Lobby darum muss Druck von unten gemacht werden, damit die in der Pandemie entstanden Probleme nicht einfach übergangen werden.

Wir rufen auf die Petition zu unterstützen:
<https://www.change.org/p/bundesregierung-unsere-kinder-sind-die-verlierer-dieser-pandemie?redirect=false>



KPÖ Antrag: Mieterhöhung aussetzen!

Mit 1. April wurden die Richtwertmieten um bis zu 6% erhöht. Die KPÖ setzt sich dafür ein diese Erhöhung zurückzunehmen. In Graz hat die KPÖ geführte Stadtregierung die Erhöhung bei den Gemeindewohnungen ausgesetzt. Auch die SPÖ fordert im Nationalrat die Erhöhung auszusetzen.

In der Gemeinderatssitzung am 31. März hat die KPÖ den Antrag gestellt, der Gemeinderat möge sich gegen die Erhöhung der Richtwert- und Kategoriemieten aussprechen und außerdem im eigenen Bereich, also bei den Gemeindewohnungen auf eine Erhöhung verzichten.

Der Antrag wurde leider abgelehnt. Als Argument dagegen wurde vorgebracht, dass die Erhöhung der Mieten in den meisten judenburger Gemeindewohnungen nicht nach Richtwert sondern nach Verbraucherpreisindex. Diese Erhöhung wird vermutlich geringer ausfallen, ist aber dennoch eine Erhöhung

Wohnen ist ein wesentlicher Preistreiber und ein großer Kostenfaktor. Immer mehr Menschen haben Probleme sich die Miete leisten zu können. 400.000 Menschen in Österreich müssen mehr als die Hälfte ihres Einkommens fürs Wohnen ausgeben. Es braucht dringend Maßnahmen um hier zu regulieren. Die Gemeinde hat zumindest die Möglichkeit bei ihren eigenen Wohnungen auf eine Erhöhung zu verzichten.

KPÖ

EINE ANDERE STEIERMARK IST MÖGLICH!

MACH MIT!

Es ist an der Zeit: Nimm Dir ein Herz und werde KPÖ-Mitglied!

Die KPÖ Steiermark zeigt: Eine andere Politik ist möglich – mit Freundlichkeit, Solidarität und Widerstand! Damit es schon bald in vielen Orten in der ganzen Steiermark Erfolge wie in Graz geben kann, brauchen wir auch Dich:

Der richtige Zeitpunkt, aktiv zu werden, ist jetzt. Werde Mitglied der KPÖ und hilf tatkräftig mit, die soziale Alternative in der ganzen Steiermark weiter aufzubauen.

Schreib uns eine Mail oder ruf uns einfach an!

☎ 03512 822 40

✉ knittelfeld@kpoe-steiermark.at

KPÖ Fohnsdorf -Judenburg Preisschnapsen

Am 2. April fand in Fohnsdorf unser traditionelles Sepp-Kampl-Gedenkturnier statt. Die SpielerInnen lieferten sich spannende Duelle. Der älteste Teilnehmer war 99 Jahre alt, wir hoffen im nächsten Jahr seinen 100 mit ihm feiern zu können.



Arbeitslosengeld: 55% sind zum Leben viel zu wenig!

2 - 9. Mai: Volksbegehren „Arbeitslosengeld rauf“ unterstützen!

Wer arbeitslos wird, verliert derzeit in Österreich schlagartig fast die Hälfte seines Einkommens. Jetzt kommt auch noch eine gewaltige Steigerung der Lebenshaltungskosten dazu. Das Volksbegehren „Arbeitslosengeld rauf!“ fordert die rasche Anhebung des Arbeitslosengeldes auf zumindest 70% des Letztbezugs.

Wer arbeitslos ist wird schnell von Armut bedroht. Oft bleibt vom Arbeitslosengeld nach Abzug der Fixkosten nichts mehr übrig, Ersparnisse sind schnell aufgebraucht. Die KPÖ unterstützt das Volksbegehren „Arbeitslosengeld rauf“. **Unterschreiben auch Sie!** Die Eintragungswoche läuft vom 2. - 9. Mai.

KOMMENTAR

Rene Windegger,
ist KPÖ-Gemeinderat
in Judenburg

Aufrüstung:

**Milliarden aus dem
Ärmel geschüttelt**



Seit Beginn des Ukraine Kriegs häufen sich Meldungen über erhöhte Militärbudgets. Wie Klaudia Tanner im März verkündete erhält das Bundesheer einmalig € 10.000.000.000,- und das Regelbudget soll auf 1,5% des Bruttoinlandsprodukts, oder €6 Mrd., erhöht werden. Wofür diese Erhöhung und Einmalzahlung verwendet werden soll, bleibt im Detail unklar, einzig bekannt ist das es für einen Investitionsstau aufgebracht werden soll. Es ist zu befürchten das dieses Kapital genutzt wird um das Bundesheer NATO-fit zu machen. Darüber kann auch das gerede vom "Neutralitätspaket" nicht hinwegtäuschen.

Mehr Rüstung schafft keine Sicherheit: Schon heute geben die EU-Länder deutlich mehr für Rüstung aus als Russland. Der schreckliche Krieg in der Ukraine konnte damit nicht verhindert werden. Frieden kann niemals errüstet werden. In vielen Bereichen fehlt Geld und muss immer mehr gespart werden. Ein Beispiel sind auch unsere Gemeinden:

Würde man diese € 10 Mrd. den 2.093 österreichischen Gemeinden zur Verfügung stellen wären das rund € 4.8 Mio. pro Gemeinde. Eine solche Finanzspritze würde viele Probleme der Gemeindefinanzen lösen und es wäre wieder Spielraum für neue Investitionen gegeben. Es könnten Straßen saniert und neue Infrastruktur geschaffen werden welche die Zukunft der Bevölkerung positiv beeinflussen würde.

Ihr Rene Windegger
rene.windegger@judenburg.at

In Judenburg  KPÖ

1 Was bedeutet der Überfall Russlands auf die Ukraine?

Es ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg, der tausende Menschenleben gefordert und Millionen Menschen in die Flucht getrieben hat. Mit jeder Minute, die dieser Krieg andauert, mit jedem getöteten und verwundeten Menschen, mit jedem Akt der Zerstörung, mit jedem Menschen, der zur Flucht gezwungen wird, verhärten sich die Fronten, steigen Verbitterung und Hass. Das Finden von Lösungen wird schwerer und die Gefahr einer noch größeren Eskalation steigt.

2 Ukrainische Politiker fordern Waffenlieferungen. Ist das sinnvoll?

Nein! Das würde nur weiteres Öl ins Feuer gießen. Es muss aber darum gehen, den Brand schnellstmöglich zu löschen. „Meine Agenda für das Treffen hat drei Punkte: Es sind Waffen, Waffen, Waffen“, fasste der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba bei einem Besuch in Brüssel zusammen. Das nützt nur der Rüstungsindustrie, deren Aktienkurse gerade Höhenflüge erleben. Was es aber wirklich braucht, ist Frieden, Frieden, Frieden! Denn eine totale Konfrontation birgt auch die Gefahr der nuklearen Kriegsführung in sich, die nicht nur für die Menschen in der Ukraine, sondern in ganz Europa fatal wäre.

3 Die EU fordert eine Ausweitung der Sanktionen. Ist das sinnvoll?

Die Milliarden-Vermögen von Oligarchen und des Putin-Clans im Ausland einzufrieren, übt Druck auf die herrschende Klasse Russlands aus. Viele Sank-

tionen treffen jedoch die einfachen Menschen – und das nicht nur in Russland, sondern auch bei uns. Deshalb sind Wirtschaftssanktionen abzulehnen. Es gibt, aller Propaganda zum Trotz, keine breite Kriegsbegeisterung unter den Russinnen und Russen. Sanktionen, die breite Teile der Bevölkerung treffen, könnten dazu führen, dass sie sich gegen diejenigen stellen, die sie verhängen und damit in die Fänge Putin stellen. Dabei wollen die Menschen Frieden. Und sie tragen diese Forderung auch auf die Straßen vieler russischer Städte. Doch der Staat unterdrückt Friedensdemonstrationen mit brutaler Härte. Denn nicht nur nach außen, sondern auch nach innen agiert das russische Regime aggressiv, um einmal mehr die bestehende autoritär-kapitalistische Oligarchenherrschaft abzusichern.

4 Was kann Österreich zum Frieden beitragen?

Österreich hat eine lange, auf seiner immerwährenden Neutralität fußende Tradition der vermittelnden Außenpolitik und durch sein Engagement für weltweite Abrüstung wesentliche Beiträge geleistet – etwa beim Verbot von Anti-Personen-Minen, Streubomben der Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen. Wien ist ein Sitz der Vereinten Nationen und könnte zum Ort für Verhandlungen über ein Ende des Krieges in der Ukraine und für die Wiederherstellung einer Friedensordnung in Europa werden.

5 Manchmal wird behauptet, neutrale Staaten wären schutzlos. Ist das so?

Im Gegenteil. Die akti-

Krieg und Frieden



Der brutale Krieg Russlands gegen die Ukraine hat entscheidende Dinge wieder in den Mittelpunkt gerückt. Gerade jetzt geht es darum, an der Neutralität festzuhalten und sie mit neuem Leben zu füllen, betont die KPÖ.

ve Neutralitätspolitik hat Österreich viel Ansehen in Vertrauen in der Welt gebracht. Staaten, die keine Kriege führen, sind seltener Terror-Angriffsziele und werden international nicht als Bedrohung wahrgenommen. Seit dem EU-Beitritt wurde die Neutralität jedoch immer weiter ausgehöhlt. So beteiligt sich Österreich etwa an der sogenannten „NATO-Partnerschaft für den Frieden“ oder den EU-Kampfgruppen.

In Zukunft will die EU sogar Drohnenkriege selber führen. Bis 2027 soll mit Milliardenaufwand eine eigene Euro-Drohne aus der Taufe gehoben werden. Die Finanzierung erfolgt

unter anderem über einen eigenen EU-Rüstungstopf, in den auch Österreich einzahlt.

Manche gehen jetzt noch weiter: ÖVP-Vordenker Andreas Khol, manche Kreise der NEOS oder auch Kleine-Zeitung-Chefredakteur Patterer kokettieren offen mit der Entsorgung der Neutralität und teilweise offen mit einem NATO-Beitritt.

Die Bevölkerung sieht das ganz anders. Fast vier Fünftel wollen an der Neutralität festhalten. Darum sah sich Bundeskanzler Nehammer auch gezwungen, sie „außer Streit“ zu stellen. Doch seine Parteikollegin

Kriegspropaganda

„Das erste Opfer des Krieges ist Wahrheit“ lautet ein altes Sprichwort. Alle Seiten sind im Krieg daran interessiert auch die Schlacht um die Köpfe und Herzen der Menschen zu gewinnen. Informationen müssen daher immer kritisch hinterfragt werden und dabei 10 Prinzipien der Kriegspropaganda bedacht werden, nach der die Propaganda in jedem Krieg funktioniert:

1. Wir wollen keinen Krieg!
2. Der Gegner ist für den Krieg verantwortlich!
3. Die Führer des Gegners sind Monster!
4. Wir verteidigen ein edles Ziel und keine Interessen!
5. Der Feind begeht bewusst Verbrechen, wir nur unbeabsichtigt
6. Der Feind benutzt unerlaubte Waffen
7. Unsere Verluste sind gering, die des Gegners erheblich
8. KünstlerInnen und Wissenschaft unterstützen uns
9. Unser Anliegen ist heilig
10. Wer unsere Propaganda anzweifelt, arbeitet für den Feind



Verteidigungsministerin Tanner hingegen will sich an einer „EU-Eingreiftruppe“ beteiligen.

6

Die ÖVP will die Militärausgaben Österreichs drastisch anheben. Bringt das mehr Sicherheit?

Schon jetzt übersteigen die Militärausgaben der EU die von Russland um ein Vielfaches. Die Welt hat das aber nicht sicherer gemacht.

Nun will Ministerin Tanner das Regelbudget des Bundesheeres von 0,6 auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) anheben. Keine Frage: das Bundesheer braucht finanzielle Mittel, um wichtigen Aufgaben beim Katastrophenschutz,

der Cyber-Abwehr, dem Schutz von Infrastruktur nachkommen zu können. Doch Aufrüstung, um international mithalten zu können, ist fehl am Platz: Gelder, die jetzt für Kriegsgerät ausgegeben werden, fehlen dringend für Bereiche wie Gesundheit, Pflege, Bildung oder Wohnen.

Die Staatsschulden, die in ganz Europa und auch in Österreich durch die jetzt geschnürten Aufrüstungspakete gemacht werden, werden schon bald drastische Auswirkungen auf die Menschen haben – durch Kürzungen in der Daseinsvorsorge und durch Sozialabbau.



VertreterInnen der KPÖ-Murtal auf einer Demonstration gegen den Ukrainekrieg und für die Neutralität in Wien: Stadträtin **Renate Pacher**, **Jürgen Solic**, Gemeinderat **Erich Wilding**, Gemeinderat **Josef Meszlenyi**, Gemeinderat **René Windegger**.

Wer mit der ukrainischen Bevölkerung solidarisch ist muss für eine Belebung der Neutralität eintreten, nur dann kann Österreich einen Beitrag zu einer tragfähigen Friedensordnung leisten.

S36/S37: Vollausbau bringt viel mehr Lärm und Verkehr

Seit vielen Jahren gibt es Diskussionen um den vierspurigen Vollausbau der S36 und S37 bis nach Kärnten. Gegen den Vollausbau hat sich vor Jahren eine sehr aktive Bürgerinitiative gebildet. Nun wurde das Projekt von Umweltministerin Leonore Gewessler überprüft und anschließend gestoppt. Eine gute Entscheidung für Natur und Lebensqualität.

Vor einigen Wochen haben Wirtschaftskammer und ÖVP gegen die Absage des Projekts mobil gemacht. Die Ministerin wurde gar als „Totengräberin der Region“ bezeichnet. Ebensogut könnte man die Befürworter des Vollausbaus als Totengrä-

ber der Lebensqualität in unserer Region bezeichnen.

Wahrung vor Lärmhölle

Vor Jahren gab es eine von der Bürgerinitiative veranstaltete Diskussion mit dem bekannten Verkehrsexperten Hermann Knoflacher. Er forderte die Menschen dazu auf, sich mit Händen und Füßen gegen die Pläne für einen Vollausbau zu wehren. Denn dadurch werde eine attraktive neue Transitroute in Richtung Süden geschaffen. Das würde viel mehr Verkehr, Lärm und Schadstoffbelastung bedeuten. Nachdem einige Täler entlang der Strecke besonders eng sind, würde dort die Belastung beson-



ders unerträglich werden. Außerdem meinte Knoflacher gäbe es zahllose Beispiele, dass der Ausbau von Verkehrswegen die Abwanderung von Menschen und Wirtschaftskraft begünstigt habe.

Von den vermehrten Belastungen durch einen Vollausbau wäre das ganze Murtal betroffen. Lärm (Eurofighter, Red

Bull Ring, Autobahn...) ist in unserer Region ohnehin schon ein großes Problem. Noch mehr wäre eine Zumutung. Deshalb sollten sich unsere örtlichen PolitikerInnen und Gemeindevertreter hinter die Entscheidung der Umweltministerin stellen. Statt den Ausbau von Straßen sollten wir den Ausbau des Bahnverkehrs vorantreiben.

8. März: Internationaler Frauentag

Am 5. März hat die KPÖ den internationalen Frauentag mit einer Aktion am Knittelfelder Hauptplatz begangen, am 8. März haben wir in Judenburg mit Nelken auf die Anliegen des Frauentages aufmerksam gemacht. PassantInnen waren eingeladen an unserem Quiz zum Thema Gleichberechtigung teilzunehmen.

Die richtigen Quiz-Antworten sorgten mehrmals für Überraschungen: Hätten Sie gewusst seit wann Frauen in der Schweiz auf allen Ebenen wählen dürfen? Erst seit dem Jahr 1990! Oder dass trotz 1990 eingeführter Väterkarenz, bis heute nur acht Prozent der Männer dieses Recht in Anspruch nehmen.

Den Frauentag gibt es seit über 100 Jahren. Vieles wurde bereits erreicht, um viele andere Dinge muss aber noch gerungen werden. Frauen machen ihren Job oft genug bis an den Rand der Erschöpfung oder sogar noch einen Schritt darüber hinaus – egal, ob in Vollzeit oder Teilzeit.

Inwieweit Frauen überhaupt erwerbstätig sein können, liegt an der Verteilung der unbezahlten Arbeit. Rund 75% aller Mütter sind teilzeitbeschäftigt - das ist kein individuelles Problem, sondern ein strukturelles, das verändert werden kann und muss!

Niemand hat die Frauen gefragt, ob sie „Heldinnen“ werden wollen und doch tragen überwiegend sie uns mit ihrer (schlecht) bezahlten und unbezahlten Arbeit durch die Krise und finanzieren zu einem guten Teil unseren Staatshaushalt.

Wenn Coronahilfsgel-



der ausbezahlt und Unternehmen aufgefangen werden, profitieren sie aber am wenigsten: Weltweit sind extrem Reiche die Krisengewinner! Die Vorstände der großen österreichischen börsenorientierten Unternehmen brauchen heuer im Durchschnitt fünf Tage (!), um das mittlere Jahreseinkommen eines Beschäftig-

ten zu verdienen.

Reiche Menschen haben viel mehr Chancen und Möglichkeiten. Es ist Zeit, endlich Vermögende und SpitzenverdienerInnen höher zu besteuern. Das ist eine Frage der Demokratie und der Gerechtigkeit!

Frieden

Russland hat die Ukraine angegriffen, Millionen müssen vor Bomben und Zerstörung fliehen. Ihre Lebensgrundlage wird zerstört. Profitiert hat die Rüstungsindustrie, die Aktienkurse erleben Höhenflüge. Die Spekulation mit Rohstoffen, befeuert vom Krieg, hat das Leben so teuer wie seit Jahrzehnten nicht mehr gemacht. Die angekündigten Aufrüstungsmaßnahmen der NATO und der EU bergen die Gefahr, die Spirale der kriegerischen Gewalt weiterzudrehen. Was wir alle brauchen, ist eine Zukunft, die nicht von Krieg und Gewalt bestimmt wird.

Neutralität

Österreich hat eine lange, auf seiner immerwährenden Neutralität fußende Tradition der vermittelnden Außenpolitik. Wien könnte zum Ort für Verhandlungen über ein Ende des Krieges in der Ukraine und für die Wiederherstellung einer Friedensordnung in Europa werden. Stattdessen wird die Neutralität in Frage gestellt, Österreich soll sich an EU-Eingreiftruppen beteiligen.

Gerechtigkeit

Während die Reichen immer reicher werden und von den Krisen unserer Zeit profitieren, können sich immer mehr Menschen das Leben nicht mehr leisten. Die Teuerung frisst immer mehr und die Löhne bleiben zurück. Heizen und Wohnen drohen zum Luxus zu werden.

Viele Menschen fragen sich zurecht, wo dieses System hinführen soll. Niemand ist mit diesen Sorgen alleine, sie betreffen Millionen Menschen in unserem Land. Während die Reichen und Mächtigen aber starke Lobbys und eine Regierung haben, um ihre Interessen durchzusetzen, bleibt unsere Stimme oft leise und schwach.

Wenn wir zusammenhalten, können wir etwas ändern!

Am 1. Mai gehen seit über 100 Jahren Millionen Menschen weltweit auf die Straße. Lasst uns den 1. Mai in Graz zu einem Zeichen der Hoffnung auf Veränderung machen, ein Zeichen gegen Armut und Ausbeutung, gegen Kriegspolitik und Aufrüstung, gegen die Aushöhlung unserer Neutralität, gegen Umweltzerstörung und für eine Welt der Solidarität, Gleichberechtigung, des Friedens und des Sozialismus.

Dazu laden wir als KPÖ Steiermark bei der gemeinsamen Demonstration am 1. Mai alle Menschen ein, die mit uns das Ziel teilen, sich für leistbares Wohnen, höhere Löhne und Gehälter, ein solidarisches Gesundheitswesen und kostenlose Bildung, für eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Rechte genießen und für einen Frieden ohne Waffen einzusetzen.



Für eine nachhaltige Alternative zur Airpower

Die Airpower ist mehr als nur eine Kunstflugshow, bei ihr werden auch Kampfflugzeuge gezeigt, die anderswo Leid, Zerstörung und Tod bringen. Dies wurde vielen durch den Krieg in der Ukraine in Erinnerung gerufen. Dennoch sind die Verantwortlichen nicht bereit die Airpower abzusagen.

Millionen sind auf der Flucht vor Bomben. Die Airpower steht in der Kritik und viele Menschen fordern eine Absage.

Viele der bei der Airpower gezeigten Fluggeräte wurden entwickelt um zu töten und werden ständig in aller Welt für genau diesen Zweck eingesetzt.

Aufgrund des Krieges ist die Kritik an der Airpower gewachsen. Auch die SPÖ fordert die Verschiebung. In einigen Gemeinden hat es Anträge auf Verschiebung gegeben. Auch das zeigt, dass die Airpower keine harmlose Familienveranstaltung ist.

Petition: jetzt unterschreiben!

Die KPÖ ist der Ansicht, dass sie weder in der Vergangenheit, noch in der Gegenwart und schon gar nicht in der Zukunft für Massen- und Familienveranstaltungen geeignet sind. Kriegswaffen sind kein Kinderspielzeug!

Wir fordern daher nicht nur die Absage der Airpower 2022, sondern ein Ende dieser Art von Veranstaltungen. Wir treten ein für eine sinnvolle und nachhaltige Alternative, die einen Beitrag leistet das Bewusstsein für den Klimawandel, neben Krieg die zweite große Bedrohung für die Menschheit, zu steigern.

Wir starten dafür eine Petition und laden Sie ein, diese mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. Sie können die Petition über folgendem QR-Code erreichen und finden sie außerdem auf unserer Facebookseite: KPÖ Murtal.

